

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Flagge zeigen für sexuelle Vielfalt – Regenbogenfahne an das Rathaus zum CSD**

Jährlich finden in vielen Städten Feierlichkeiten rund um den Christopher Street Day (CSD) am 28. Juni statt. Dieser Tag erinnert an den Aufstand in den USA im Jahr 1969 an dem Lesben, Schwule und Transgender massiven Widerstand gegen eine diskriminierende und gewalttätige Polizeirazzia im New Yorker Bezirk Greenwich Village leisteten.

1979 fand in Bremen einer der ersten CSD in Deutschland unter dieser Bezeichnung statt. Der gemeinsame CSD für den Nordwesten findet in diesem Jahr zum 20. Mal in Oldenburg mit starker Bremer Beteiligung statt. In Bremen selbst finden sich trotz der zentralen Bedeutung dieses Tages für die LGBTI-Bewegung kaum Hinweise darauf.

In vielen Städten wird aus diesem Anlass an den Rat- und Kreishäusern die Regenbogenflagge gehisst. Sie ist ein Symbol für Toleranz, Vielfalt und Hoffnung und ein deutliches äußeres Zeichen für die Stadt, sich zur Unterstützung der berechtigten Interessen von Schwulen, Lesben, Bi-, Trans-, Intersexuellen und Queer-Menschen auf Gleichstellung in unserer Gesellschaft zu bekennen. Denn noch heute werden in Deutschland homo-, bi-, trans- und intersexuelle Menschen offen oder unterschwellig diskriminiert und benachteiligt, und in einigen Ländern, wie Frankreich oder Russland, lassen sich derzeit beunruhigende Tendenzen beobachten, emanzipative Bestrebungen dieser Gruppen zu behindern.

Bremen sollte sich als Stadt präsentieren, in der jede und jeder so leben kann, wie er oder sie es möchte, ohne dadurch Anfeindungen, Gewalt oder Benachteiligungen zu erfahren. Überdies wäre es ein Zeichen, dass der Senat es ernst meint mit der Umsetzung seines Aktionsplans gegen Homophobie.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ab diesem Jahr die Beflaggung des Rathauses anlässlich des Christopher Street Days einzuführen, um ein deutliches Zeichen gegen Homophobie und für die Gleichstellung der am CSD gewürdigten Gruppen zu setzen.

Claudia Bernhard,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE